
Pressemitteilung

01/2017

10.02.2017

Stellungnahme zur Schulgesetz-Novellierung

Integrative Schulformen lösen nicht alle Probleme

(Egelsbach) Der Gesetzentwurf zur Novellierung des hessischen Schulgesetzes wird derzeit im kulturpolitischen Ausschuss des Wiesbadener Landtags diskutiert. Zur letzten Sitzung am 8.2.2017 erhielt der Vorsitzende des Verbands der hessischen Lehrer, Jörg Leinberger, Gelegenheit, die schriftlich eingereichte Stellungnahme des Verbands vor dem Ausschuss zu kommentieren.

„Wir brauchen mehr denn je eine Schulform, die grundlegende Sozialkompetenzen und eine tragfähige Allgemeinbildung vermittelt“, so Jörg Leinberger in seiner Rede vor dem kulturpolitischen Ausschuss.

Gemeint ist damit nicht die Abschaffung der seit Jahren in Hessen im Aufbau befindlichen integrativen Schulsysteme (IGS). Vielmehr geht es dem Verband darum, auch solchen Kindern Chancengerechtigkeit zu bieten, die nicht von integrativen Konzepten profitieren.

Die schleichende Abschaffung der Hauptschule führt dazu, dass die Schülerschaft dieser Regelschulen heute zunehmend in IGS-Schulformen verschoben wird. Dies zeigt auch eine Grafik „Chancengerechte Bildung in Zahlen“ des Statistischen Bundesamts aus dem Bericht „Bildung in Deutschland 2016“. Hier steigt der Anteil der IGS-Schülerschaft im Vergleich 2006/2014 deutlich, während die Zahl der Hauptschüler/innen sinkt und die der Gymnasiasten/innen in etwa konstant bleibt.

Noch brisanter wird es, weil mit den integrativen Systemen ein „Abi für alle“ erreichbar scheint, ungeachtet individueller Leistungsgrenzen und mangelnder Sozialkompetenz. Zudem zeigt die Unterrichtsrealität, dass die Verschiebung früherer Hauptschüler/innen in

IGS-Schulformen zum Nachteil aller Beteiligten gerät, weil das Kernkonzept gefährdet wird.

„Die Qualität der Schulausbildung ist es, die zur Ausbildungsfähigkeit führt“, betont Leinberger. Und weiter führt er aus: „Generell ist nicht mehr zu übersehen, dass die integrativen Schulformen an ihre Grenzen kommen und der Realismus langsam in die Bildungspolitik Einzug hält. Es wird zunehmend erkannt, dass wir uns von idealistischen Vorstellungen verabschieden müssen: **Eine Schule für alle kann es nicht geben.**“

Der Verband empfiehlt daher den Erhalt bzw. die Schaffung einer allgemeinbildenden Schule, die einen gesellschaftlich anerkannten Wert bekommt. Damit ist nicht die Wiederauferstehung einer Hauptschule gemeint, deren Ruf „verbrannt“ ist. Es geht um ein neues Konzept und eine Qualitätsoffensive für eine Regelschule, deren Abschluss von Industrie und Wirtschaft anerkannt wird, der zu einer qualifizierten Ausbildung und nachfolgend zur erfolgreichen Berufstätigkeit befähigt.

Leinberger betont die Bereitschaft des Verbands, hessische Schulpolitiker aktiv bei der Entwicklung eines solchen Konzepts zu unterstützen, und setzt dabei auch auf das Interesse der Wirtschaft. Er ist sich sicher, dass auch Unternehmen und Betriebe enorm profitieren, wenn die frühere Hauptschule so entwickelt wird, dass sie Lehrlinge und Auszubildende mit guter Allgemeinbildung und sozialer Kompetenz hervorbringt.

Kontakt:

Kerstin Jonas / Pressesprecherin Verband der Lehrer Hessen

E-Mail: pressesprecher@vdl-hessen.info

Weitere Informationen:

www.vdl-hessen.info / www.hochschulbildungsreport2020.de